

Beschlussbuch

	Überschrift	Beschlusstext
En1 Kreis III	Hamburger Energiewende beschleunigen	<p>Die SPD Hamburg fordert Senat und Bürgerschaftsfraktion im Rahmen der vereinbarten partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Stadt, Vattenfall und <i>e.on</i> Hanse dazu auf,</p> <ol style="list-style-type: none">1. unverzüglich ein Wärmekonzept für Hamburg vorzulegen;2. darauf hinzuwirken, dass vorhandene und künftige Netzstrukturen für eine auch dezentrale, umweltfreundliche und CO2 arme und wirtschaftliche Wärmeversorgung eingerichtet werden;3. darauf hinzuwirken, dass moderne Mess- und Regeltechnik beschleunigt eingesetzt wird;4. zu prüfen, inwieweit die Möglichkeiten für Drittanbieter gefördert werden können, den gesetzlichen Anspruch auf diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen und Durchleitung der erzeugten Wärme an Abnehmer auf dem nachgelagerten Fernwärme-Vertriebsmarkt wahrzunehmen, soweit ein angemessenes Entgelt gezahlt wird, der Zugang technisch machbar ist und betriebsbedingte Gründe dem nicht entgegenstehen;5. zu prüfen, wie die Nutzung regenerativ und dezentral erzeugter Wärme gefördert werden kann;

		6. zu prüfen, ob eine bundeseinheitliche gesetzliche Einspeise- und Vergütungsregelung für Fernwärmenetze vonnöten ist und ggf. eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten.
Vbr1 AsF	Änderung des § 10 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG): Gewinnabschöpfung	<p>Die SPD-Bürgerschaftsfraktion möge die Regelungen der Gewinnabschöpfung des UWG daraufhin prüfen, ob diese die berechtigten Interessen der Antragsteller, insbes. der Verbraucherzentralen, ausreichend wahren. Dabei sollen die im folgenden aufgeführten Aspekte und Fragen besondere Berücksichtigung finden. Ggf. ist mit einer Bundesratsinitiative eine Gesetzesänderung anzustreben.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Soll der Gewinnabschöpfungsanspruch bei unlauterem Handeln künftig nicht erst bei vorsätzlichem, sondern bereits bei fahrlässigem Handeln gegeben sein? • Soll die derzeit dem Bundeshaushalt zufließende Gewinnabschöpfung künftig den Ländern zukommen? • Wie und inwieweit sollen die Institutionen, welche die Rechtsverfolgung betrieben haben, von der Gewinnabschöpfung profitieren? Soll der abgeschöpfte Gewinn an die Einrichtung ausgekehrt werden, die den Beseitigungs-/ Unterlassungsanspruch gestellt hat?
Verk1 Kreis VII	Entflechtung konsequent weiterführen	Vertagung auf den LPT für kommunalpol. Themen
Ini1	Elbphilharmonie	Die Verträge zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Firma Hochtief zum Weiterbau der Elbphilharmonie müssen vollständig offen gelegt werden. Die Abgeordneten der Bürgerschaft erhalten ausreichend und zeitnah die Möglichkeit, die Verträge vollständig zu prüfen. Im Rahmen der Prüfung findet eine Expertenanhörung mit Juristen und Bausachverständigen statt, die der Senat vorbereiten möge.

Ini2	Benennung von Plätzen, Parks und Straßen nach Frauen	Der Hamburger Senat und die Hamburger Bezirksämter werden aufgefordert, ab sofort verstärkt Plätze, Parks und Straßen nach Frauen zu benennen, um den Anteil der nach Frauen benannten Verkehrsflächen maßgeblich zu erhöhen und damit die Diskriminierung von Frauen bei der Benennung zu beenden.
Ini3	Wegfall des Optionszwangs und Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft	Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert, sich weiterhin für die grundsätzliche Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerungen und den Wegfall der Optionspflicht einzusetzen.
Ini4	Menschenrechte	<p>1. Menschenrechte sind grenzenlos: Die SPD Hamburg bittet die SPD-Bundestagsfraktion, die Resolution des Europäischen Parlaments zum Erlass eines Einreiseverbots für in Straftaten involvierte russische Beamte 2012/2142(INI)im Fall Sergej Magnitski in Deutschland und der EU umzusetzen.</p> <p>2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird ferner gebeten sich für die Weiterentwicklung des deutsch-russischen Dialogs über Menschenrechte in enger Abstimmung mit der europäischen Delegation des Ausschusses für parlamentarische Kooperation EU-Russland des Europaparlaments einzusetzen.</p>
Ini5	Gegen Drohnen	Weiterleitung an den Landesvorstand zur weiteren Bearbeitung.
Ini6	Aberkennung der Ehrenbürgerwürde für Hindenburg	Der Landesparteitag fordert den Senat und die Bürgerschaftsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, die Ehrenbürgerliste nicht länger unkommentiert zu lassen, sondern zur besseren Einordnung mit zusätzlichen Informationen zu versehen.